

## Scharfe Kritik der Grünen

# Streit um Abwasserzuschlag für Schlachterei Tönnies in Kellinghusen spitzt sich zu

Von Gisela Tietje-Räther | 01.09.2023, 18:27 Uhr



Die Politik des Amtes mit dem Fleischverarbeiter Tönnies steht in der Kritik. Foto: Friso Gentsch/dpa

Das Amt Kellinghusen legt mit fast vier Jahren Verspätung eine Stellungnahme zum Bericht des Gemeindeprüfungsamts vor. Auf Kritik der nicht legitimen Wirtschaftsförderung für die Großschlachtereie geht es nicht ein.

Gut vier Jahre benötigte, was nach Gesetzeslage hätte in sechs Monaten passieren sollen: Die Stellungnahme des Amtes Kellinghusen zum Prüfbericht des Gemeindeprüfungsamts (GPA) vom 5. Dezember 2018 mit einer kritischen Beurteilung des Verwaltungshandelns erfolgte erst mit langer Verzögerung. Vertreter der Grünen nahmen dies zum Anlass, sowohl den langen Zeitraum als auch den vom GPA aufgegriffenen Punkt des Wasserpreises für das Schlachtunternehmen Tönnies aufzugreifen.

## Kommune nicht für Wirtschaftsförderung zuständig

Mit Blick auf die Firma Tönnies hatten die Prüfer bemängelt, dass die Stadt keine Starkverschmutzer-Zuschläge für gewerblich oder industriell stark verschmutztes Abwasser erhebt. Beispielhaft verwies das GPA auf die Stadt Cloppenburg, die dem örtlichen Großschlachthof einen solchen Zuschlag in Rechnung stelle, und sich außerdem von einer Kommunal- und Wirtschaftsberatung bei der Gebührenvorkalkulation unterstützen lasse. „Das GPA würde es begrüßen, wenn die Stadt Kellinghusen sich in ähnlicher Art und Weise unterstützen ließe, um die Interessen ihrer Einwohner und ihrer Mitarbeiter zu wahren“, zitiert die Fraktionsvorsitzende der Grünen Gabriele Piachnow-Schmidt aus dem Prüfbericht. Hervor hebt sie zudem den GPA-Hinweis, es sei nicht Aufgabe der Kommune,

Wirtschaftsförderung für ein international tätiges Unternehmen mit Milliardenumsätzen zu betreiben. Kollege Udo Kompenhans ergänzt:

*„Innerhalb der vergangenen vier Jahre ist es nicht gelungen, einen Beschluss über einen Starkverschmutzer-Zuschlag zu fassen.“*

*Udo Kompenhans  
von den Grünen*

Die Grünen hätten bereits zu Beginn ihrer Amtszeit im Ausschuss für Werke und Betriebe nachgefragt, weshalb die Großschlachtereie keine höheren Abwassergebühren zahle als die Bürger. „Wo die Firma doch Kosten verursacht für kaputt gefahrene Straßen, Gullyreinigung, Müllbeseitigung und vermutlich auch für die umfassende Sanierung des Regenrückhaltebeckens am Kleinen Kamp“, so Piachnow-Schmidt. Weshalb die Stadt diese mögliche Einnahmequelle zu Entlastung ihrer Bürger nicht wahrnehme, sei nicht nachvollziehbar. Zur Antwort der Amtsverwaltung auf die Grünen-Fragen erklärt Kompenhans: „Darin wird auf die Kernfrage, warum die Stellungnahme der Stadt zum Gemeindeprüfungsbericht erst nach über vier Jahren erfolgt, gar nicht eingegangen.“

## **Verhandlungen um Wasserpreis seit 2018**

Besonders augenfällig werde der Verzug im Zusammenhang mit der Feststellung des GPA, es sei nicht Aufgabe der Stadt Kellinghusen, Wirtschaftsförderung für ein global tätiges Unternehmen zu betreiben. Die Antwort des Amtes, die derzeitige Abwassersatzung lasse den vorgeschlagenen Abwasserzuschlag nicht zu, das Amt würde aktuell ein neues Abwasserrecht erarbeiten, rechtfertige nicht den zeitlichen Verzug. Was den Wasserpreis für den Schlachthof angehe, würden wie bereits wiederholt in den Jahren seit 2018 Verhandlungen über einen Sondervertrag geführt, was mit der Feststellung des GPA zur „Wirtschaftsförderung“ ebenfalls nicht in Einklang stehe.